



China – Report

März 2018

(1) Chinas Seidenstraßenprojekt treibt Länder in die Verschuldung

Nach einer Studie des Center for Global Development in Washington könnte die von China initiierten Seidenstraßenprojekte (Belt and Road Initiative) in einigen der beteiligten Länder die Schuldenkrise erhöhen. Die „Ein Gürtel und eine Straße“-Initiative (Obor), wie sich der Plan einer neuen Seidenstraße zu Lande und zur See nennt, umspannt ca. 68 Länder und kommt bislang auf summierte Investitionen von rund 8 Billionen Dollar. **Von den 68 Ländern, die China als Partner für das BRI-Projekt gewinnen konnte, haben 23 bereits ein sehr hohes Schuldenrisiko, so die Studie. Acht könnten aufgrund der Finanzierungen von gemeinsamen BRI-Projekten in Bedrängnis kommen, ihre Schulden zu begleichen.** Vor allem Länder wie Dschibuti, Kirgistan, Malediven, Montenegro, die Mongolei, Tadschikistan und Pakistan sind die betroffenen Länder.

Ein Beispiel etwa ist die Verschuldung von Montenegro, das sich für den Bau einer Autobahn zwischen dem Hafen Bar und Serbien sehr hoch verschuldet hat. Zu 85 Prozent wurde das Projekt von der chinesischen Exim Bank finanziert. In Dschibuti stiegen die Verschuldungen innerhalb von zwei Jahren von 50 auf 85 Prozent des BIPs und auch hier ist die Exim Bank der größte Kreditgeber. In Dschibuti stehen noch weitere Projekte wie ein neuer Hafen und zwei neue Flughäfen aus.

Auch wenn grundsätzlich der Ausbau der Infrastruktur in Asien-Pazifik positiv ist, bemängelt die Studie, dass die Kreditvergaben der Exim Bank aus China nicht transparent sind und zu bilateralen Spannungen mit den Ländern führen werden.

Link zur Studie: <https://www.cgdev.org/sites/default/files/examining-debt-implications-belt-and-road-initiative-policy-perspective.pdf>

(2) China reagiert auf Trumps Einfuhrzölle

Nach einer siebenmonatigen Untersuchung der chinesischen Praktiken im Umgang mit geistigem Eigentum unter Abschnitt 301 des amerikanischen Handelsgesetzes von 1974 hat US-Präsident Donald [Trump seinen Handelsbeauftragten Robert Lighthizer dazu aufgefordert, Handelszölle auf chinesische Produkte zu erheben](#). Betroffen sind chinesische Waren mit einem jährlichen Handelswert in Höhe des Schadens, der der amerikanischen Wirtschaft nach Berechnungen des US-Handelsministeriums durch die unfaire Handelspolitik Chinas zugefügt wird. Hierbei soll es sich um eine Summe von rund 50 Milliarden US Dollar handeln, laut Trump sind es sogar 60 Milliarden. Die angekündigten Strafzölle werden nicht sofort in Kraft treten. Im Laufe der nächsten 15 Tage soll eine Liste mit chinesischen Waren und Dienstleistungen veröffentlicht werden, gefolgt von einem 30-tägigen Zeitraum für öffentliche Stellungnahmen.

China warnt davor, die bilateralen Handelsbeziehungen in Gefahr zu bringen. Das chinesische Handelsministerium bezeichnete den Schritt der USA als „*typischen Unilateralismus und Handelsprotektionismus*“ und kündigte an, entsprechende Maßnahmen zu ergreifen, um die Interessen des eigenen Landes zu schützen. Eine Sprecherin des Handelsministeriums kommentierte, dass China in der Lage und selbstbewusst genug sei, mit solchen



China – Report

März 2018

Herausforderungen umzugehen. China wolle keine Handelskriege, trotzdem fürchte man sich auch nicht davor. Man hoffe, dass die USA ihre jüngsten Maßnahmen stoppten bevor es zu spät sei und die bestehenden Handelsbeziehungen in Gefahr geraten.

Sollten die USA sich mit China nicht auf ein Handelsabkommen einigen können, plant auch China die Erhebung von Strafzöllen. Laut dem Handelsministerium soll eine 15-prozentige Einfuhrsteuer auf amerikanisches Obst, Nüsse, Weine und Stahlrohre im Gesamtwert von 977 Millionen US Dollar erhoben werden sowie eine 25-prozentige Abgabe auf amerikanisches Schweinefleisch, recyceltes Aluminium und weitere Waren im Wert von 1,99 Milliarden US Dollar. Ziel sei es laut einem Sprecher des chinesischen Handelsministeriums, die durch die amerikanischen Zölle entstandenen Schäden auszugleichen. Eine zuvor bereits durch Trump angekündigte 25-prozentige Steuer auf Stahl und eine 10-prozentige Steuer auf Aluminiumprodukte aus anderen Ländern, darunter auch China, trat am Freitag bereits in Kraft.

Laut einem Statement des chinesischen Handelsministeriums werde man sich seitens China bei allen Maßnahmen an die geltenden Regeln der Welthandelsorganisation (WTO) halten. Den USA wirft man indes vor, Importe unter dem Vorwand der nationalen Sicherheit zu beschränken und das multilaterale Handelssystem der WTO sowie die internationale Handelsordnung damit stark zu schädigen.

In der Tat setzt Präsident Trump die Handelsmaßnahmen bewusst mit der amerikanischen Außenpolitik in Beziehung. Einige Staaten, die Sicherheitspartnerschaften mit den USA eingegangen sind, wurden von den neuen Zöllen verschont. Raymond Yeung und Daniel Wilson, Analysten der *Australia and New Zealand Banking Group*, befürchten, dass diese Nationen so auf die Seite der USA gezogen werden und sich gegen China stellen könnten. Trumps Chinapolitik werde sich negativ auf die globale Wirtschaft auswirken. Um dies zu verhindern, fordern nun sowohl chinesische als auch amerikanische Wirtschaftsgruppen die beiden Regierungen dazu auf, die Unstimmigkeiten durch Dialog zu lösen, einen Handelskrieg zu vermeiden und einen fairen Handel zu gewährleisten.

(3) Entnervter Blick bei einer Pressekonferenz wird zum Symbol für Zensur

Ein Blick sagt mehr als Tausend Worte. Das galt auch für den Blick der Journalistin Liang Xiangyi des Internetportals Yicai.com. Sie hatte beim Volkskongress entnervt geschnauft, mit den Augen gerollt und sich dann demonstrativ abgewendet, als ihre Sitznachbarin – eine Journalistin des staatlichen Fernsehsenders – [eine anbiedernde Frage bei einer der vielen Pressekonferenzen rund um den Volkskongress stellte](#). Zum Leid von Liang lief die Übertragung live im Staatsfernsehen und ihre Reaktion wurde rasant im Internet verbreitet. Sogar westliche Leitmedien wie die [New York Times berichteten](#) darüber, bis es Peking zu politisch wurde. Dass die Fragen von Journalisten beim Volkskongress meist einstudierte Stichwortgeber sind ist zwar bekannt, wurde aber durch diesen Vorfall allzu offensichtlich.

Soziale Medien und Blogger in China reagierten zudem in einer Art und Weise, die für Liang inzwischen ernsthafte Konsequenzen nach sich gezogen hat. Die staatliche Zensur hat nicht



China – Report

März 2018

nur ihren Namen und den gesamten Vorfall aus dem Internet gelöscht. Liang hat auch ihre Akkreditierung und ihre Stelle verloren. **Zwar gibt es in China durchaus privat geführte Medien, die auch unabhängig Inhalte produzieren – bei bestimmten Themen aber gilt die Zensur für alle.**

(4) Experten sagen Ende der staatlichen Geburtenplanung voraus

[Nahezu 40 Jahre nach Einführung der Ein-Kind-Politik könnte in China die staatliche Politik der Geburtenkontrolle vollständig abgeschafft werden.](#) Während Paaren seit 1980 nur ein Kind gestattet war und diese Vorgabe von der eigens eingerichteten Behörde für Familienplanung überprüft wurde, hatte man Paaren bereits seit 2016 zwei Kinder erlaubt. Nachdem inzwischen auch die Behörde für Familienplanung aufgelöst und in der neu gegründeten Nationalen Gesundheitskommission aufgegangen ist, vermuten – laut einem Bericht der Global Times – viele Experten das Ende der staatlichen Geburtenplanung.

Neueste Statistiken zur Entwicklung der Geburten in China scheinen ebenfalls für ein Ende der staatlichen Limitierung zu sprechen. Nach Daten des Nationalen Büros für Statistik lag die Geburtenrate mit durchschnittlich 1,6 Kindern pro Frau im Jahr 2017 niedriger als 2016, wo diese noch bei 1,7 gelegen hatte. Zwar könnte der etwas höhere Wert in 2016 damit zusammenhängen, dass Paare ab diesem Jahr erstmals legal ein zweites Kind bekommen durften – dennoch interpretieren Experten diesen Wert als zu niedrig und als ein Zeichen dafür, dass dieser Schritt nicht ausreichend war, um Paare dazu zu mehr Kindern zu bewegen.

Einige Parlamentarier des Nationalen Volkskongresses fordern inzwischen eine umfassende Reformierung der staatliche Geburtenplanung bis hin zu einer völligen Abschaffung. So hat der Parlamentarier Zhu Lieyu vorgeschlagen, die Grenze auf drei Kinder pro Paar zu erhöhen. Der Parlamentarier Zhou Haibo hingegen hält dies für wirkungslos und schlägt in einem eigenen Bericht vor, sofort sämtliche Maßnahmen zur Geburtenkontrolle zu unterlassen. Sofern dies nicht helfe eine Geburtenrate von 1,8 Kindern pro Paar zu erreichen, sollte man sogar über Maßnahmen zur Geburtenförderung nachdenken.

(5) Sozialkredit-System China soll 2020 greifen

In einem international beispiellosen Vorhaben will die Kommunistische Partei bis 2020 ein Sozialkredit-System einführen, das das Verhalten jedes Bürgers und jedes Unternehmens erfassen, bewerten und sanktionieren soll.

Datenbasierte Algorithmen werden dann berechnen, wer nach Ansicht der Partei ein „aufrichtiger und moralischer hochstehender Mensch“ ist. Die dafür erforderlichen Daten sollen von öffentlichen Stellen, Internetgiganten wie Alibaba und Tencent sowie aus den sozialen Medien stammen.

Jegliches Fehlverhalten wird in Zukunft Konsequenzen haben: Fährt man bei Rot über die Ampel, rückt der lang ersehnte Kindergartenplatz noch weiter in die Ferne. Zahlt man die



China – Report

März 2018

Miete nicht rechtzeitig, stuft einen die Bank als kreditunwürdig ab. Und selbstverständlich bleibt auch der Aufruf der falschen Webseiten nicht ohne Folgen.

Chinas [Staats- und Parteichef Xi Jinping](#) hat mit seinem Amtseintritt vor fünf Jahren eine Antikorruptionskampagne eingeleitet, die vom Volk bejubelt wurde. Endlich wurden korrupte Kader, die über Jahre hinweg Gelder veruntreut und ihre Ämter für eigene Interessen missbraucht hatten, zur Rechenschaft gezogen. Könnte man die Einführung des Sozialkredit-Systems da nicht einfach als logische Erweiterung der Antikorruptionskampagne in den privaten Bereich sehen?

Wohl eher nicht, denn Chinas Partei geht weit über die Verfolgung von Vergehen und Straftaten hinaus. Sie will die volle Transparenz der Bürger. Diese sollen zu gläsernen Menschen werden. Statt politischen Reformen und der Einführung eines unabhängigen Rechtssystems hat man sich einmal mehr für Kontrolle entschieden.

(6) Kim Jong-Un reist mit dem Sonderzug zu Gesprächen nach Peking

[Auf Einladung Xi Jinpings besuchte der nordkoreanische Staatschef Kim Jong-Un vom 25. bis 28. März China.](#) Es war der erste Auslandsbesuch Kims seit seiner Amtsaufnahme im Jahr 2011. Zu den Gesprächen waren neben Xi Jinping weitere Vertreter der chinesischen Regierung anwesend, darunter Premierminister Li Keqiang, Vizepräsident Wang Qishan und Mitglied des Politbüros Wang Huning. Wie auch schon sein Vater, kam Kim nicht mit dem Flugzeug nach Peking gereist, sondern mit einem Zug.

Im Verlauf der Gespräche unterstrichen beide Seiten die Bedeutung der traditionellen Freundschaft zwischen China und Nordkorea. Laut Xi müssten die chinesisch-nordkoreanischen Beziehungen geschützt, gefestigt und weiterentwickelt werden. Zum Wohle beider Staaten und mit dem Ziel, die Lage in der Region zu stabilisieren, sagte Xi dem nordkoreanischen Staatschef die Aufrechterhaltung und Förderung gegenseitiger Besuche sowie die beiderseitige Entsendung von Sondergesandten zu.

Beide Seiten brachten ihre Sicht zur internationalen Lage und zur Situation auf der koreanischen Halbinsel zum Ausdruck. Präsident Xi lobte die Maßnahmen, die Nordkorea zur positiven Veränderung der Lage auf der koreanischen Halbinsel seit diesem Jahr getroffen habe. China werde Nordkorea weiterhin zur Seite stehen und gemeinsam mit den betroffenen Staaten nach konstruktiven Lösungen suchen, um die Denuklearisierung und Stabilisierung der koreanischen Halbinsel zu erreichen und einen langfristig stabilen Frieden in der Region zu gewährleisten.



China – Report

März 2018

Informationen zu unserem Fonds „FIVV-MIC-Mandat-China“ erhalten Sie [hier](#).

Kontakt:

FIVV AG
Herterichstraße 101
Telefon +49 89 374100-0
Telefax +49 89 374100-100
www.fivv.de

Hinweis:

Die vorstehenden Informationen sind sorgfältig erarbeitet. Wir übernehmen jedoch keine Gewähr für die Vollständigkeit, Richtigkeit, Genauigkeit der Angaben oder der Eignung für einen bestimmten Zweck. Insbesondere übernehmen wir keine Gewähr für den Eintritt unserer Prognosen. Die Informationen einschließlich unserer Prognosen dienen lediglich Ihrer Information und stellen keine Anlageberatung, Empfehlung oder Aufforderung zum Kauf oder Verkauf von Anteilen oder zum Abschluss anderweitiger Anlagegeschäfte dar. Die geäußerten Meinungen bzw. Prognosen geben unsere derzeitige Einschätzung wieder und können sich jederzeit ohne vorherige Ankündigung ändern. Historische Wertentwicklungen lassen keine Rückschlüsse auf eine ähnliche Entwicklung in der Zukunft zu. Diese ist nicht prognostizierbar. Alleinige Grundlage für den Anteilserwerb sind die Verkaufsunterlagen zu den entsprechenden Fonds. Verkaufsunterlagen zu allen FIVV-MIC-Mandat-Fonds der Universal Investment GmbH sind kostenlos

beim zuständigen Vermittler, der Depotbank des Fonds oder bei der Universal Investment GmbH sowie im Internet unter www.universal-investment.com erhältlich. Änderungen vorbehalten. Änderungen des Marktberichts oder dessen Inhalts bedürfen der vorherigen ausdrücklichen Erlaubnis des/der Verfasser(s). Dieser Marktbericht wird eventuell nicht regelmäßig erstellt. Er kann unter Umständen auch situativ bereitgestellt werden. Dies ist unter anderem von der Marktsituation abhängig.